

SO-01NEU Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!

Gremium: Landesparteirat
Beschlussdatum: 13.11.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Solidarisch und innovativ aus der Krise -
Grün in die Zukunft!

Antragstext

I. Solidarisch und innovativ aus der Krise - Grün in die Zukunft!

Wir erleben gerade eine Gleichzeitigkeit von globalen Krisen, die die Politik vor immer neue Herausforderungen stellt und die Ungleichheit, mit der die Menschen mit den Krisen konfrontiert werden, deutlich macht. Die Corona-Pandemie ist zu einem stetigen Begleiter geworden, der unser Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenzen bringt. Die Klimakrise zeigt sich immer öfter in ihren extremen Auswüchsen: Dürre, Waldbrände und Überschwemmungen. Das Artensterben ist die parallel stattfindende zweite große Krise, die die Existenzbedingungen der Menschen auf dem Planeten in Frage stellt. Der fortschreitende Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere und bestimmt das Leben allerer, die von ihm betroffen sind. Die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz mit vielen Toten und die Dürre des vergangenen Sommers haben uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels nicht nur in weit entfernten Regionen wie jüngst in Pakistan geschehen, wo Millionen von Menschen ihre Häuser, Existenzgrundlagen und ihr Leben ließen.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein historischer Einschnitt für unsere Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa und der Welt. Neben den grausamen Folgen für die Menschen in der Ukraine führt uns dieser Krieg unsere enorme Abhängigkeit von fossilen Energieträgern vor Augen und versetzt uns in eine Zeit der fossilen Inflation. Wir erleben in Deutschland und Europa Energieknappheit, steigende Lebenshaltungskosten und zurückgehende Kauf- und Investitionskraft sowie eine sich deutlich abzeichnende Rezession. Russlands Angriffskrieg und die Strategie, Energie als Waffe einzusetzen, sind der Auslöser für die Energiekrise. Putin nutzt dabei die jahrzehntelang fehlgeleitete Energiepolitik der Vorgängerregierungen aus, die sich immer weiter in die Abhängigkeit von russischem Öl und Gas gebracht und dabei den notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien versäumt haben. Diese bittere Realität ist aber auch der Ausgangspunkt, an dem wir Verantwortung

30 übernehmen, um die unmittelbaren Auswirkungen für die Gesellschaft und die
31 Wirtschaft in NRW zu bewältigen. Das gelingt uns nur mit massiven Investitionen
32 in die Zukunft und gezielten Entlastungen in der Gegenwart. Diese wollen wir
33 unter Anwendung des regulären Haushaltsrechts, sowie, wenn nötig, unter
34 Inanspruchnahme der Ausnahmeregelungen der Schuldenbremse bewerkstelligen. Die
35 multiplen Krisen fordern uns heraus: Wir müssen jetzt schnell und pragmatisch
36 handeln und dürfen zugleich unsere langfristigen Ziele nicht aus den Augen
37 verlieren.

38
39 Wir GRÜNE NRW begrüßen den Drei-Säulen-Plan der Schwarz-Grünen Landesregierung,
40 der mit finanziellen Mitteln in Höhe von 3,5 Milliarden Euro hinterlegt ist.
41 Dieses Entlastungspaket kümmert sich um das Heute und nimmt dabei das Morgen in
42 den Blick. Erstens: Mit einer umfassenden Krisenhilfe sollen Familien, Kinder,
43 Wirtschaft, Kultur, und Sport entlastet werden. Klar ist: Dieses Land steht
44 solidarisch zusammen. Um zweitens den aktuellen Herausforderungen in der Krise
45 angemessen zu begegnen, soll die Krisen-Resilienz gestärkt werden. Und drittens
46 soll eine vorausschauende Krisenvorsorge auf die Zukunft vorbereiten. Damit das
47 gelingt, braucht es ein sicheres Fundament für die Energieversorgung des Landes.

48
49 Damit mobilisiert NRW insgesamt 14,4 Milliarden Euro in die Entlastung von
50 Bürger*innen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

51 **Vorrang für Erneuerbare Energien**

52 Nur mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien können wir zum
53 einen unsere Importabhängigkeit fossiler, insbesondere russischer Energieträger
54 überwinden und zum anderen die wichtigen Schritte gehen, um der Klimakrise und
55 ihren Folgen zu begegnen und den 1,5 Grad-Pfad einzuhalten.

56 Mit dem Koalitionsvertrag haben wir uns zum Ziel gesetzt, NRW zur ersten
57 klimaneutralen Industrieregion Europas zu machen. Je stärker wir auf die
58 Erneuerbaren Energien setzen, desto unabhängiger sind wir von fossilen
59 Energieträgern, desto freier werden wir von autoritären Regimen und desto eher
60 hinterlassen wir eine lebensfähige Erde für kommende Generationen. Die
61 Erneuerbaren Energien sind auch unsere Antwort auf die ungleiche
62 Lastenverteilung der Auswirkungen der Klimakrise in diesem Land, denn sie
63 stellen eine bezahlbare Energieversorgung sicher. Neben dem schnellstmöglichen
64 Ausbau der Erneuerbaren Energien, müssen wir für einen geringeren
65 Energieverbrauch sorgen und in mehr Energieeffizienz investieren. Energie muss
66 dauerhaft für alle Privathaushalte, Unternehmen, öffentliche und soziale
67 Einrichtungen sowie Schulen und Orte der Kinderbetreuung, Vereine und
68 zivilgesellschaftliche Organisationen bezahlbar bleiben. Wir haben in den
69 letzten Jahrzehnten billige fossile Energien aus autoritären Staaten auf Kosten
70 von Klima und Menschenrechten bezogen. Auch deshalb ist der Ausbau der
71 Erneuerbaren Energien entscheidend. Klar ist aber auch: Erneuerbare Energie
72 heißt nicht unendliche Energie. Wir müssen schonender, sparsamer und achtsamer

73 mit Energie umgehen.

74 In NRW sind wir Grüne in den ersten vier Monaten unserer Regierungszeit wichtige
75 Schritte für den Ausbau der Erneuerbaren Energien gegangen. In der
76 Landesregierung haben wir mehr Flächen für die Solarenergie geöffnet und dabei
77 die Länderöffnungsklausel im Erneuerbare-Energien-Gesetz genutzt. Mit den
78 Eckpunkten für einen neuen Landesentwicklungsplan (LEP) wird der Weg frei
79 gemacht, die 1500-Meter-Abstandsregel der Vorgängerregierung aufzuheben, das
80 Wind-an-Land-Gesetz umzusetzen und die Erzeugung von Windenergie auf geeigneten
81 Wald- und Gewerbeflächen zu erleichtern. Zudem unterstützen wir die Kommunen
82 dabei, die Herausforderungen des Klimawandels zu meistern und stellen ihnen 50
83 Millionen Euro für den Klimaschutz bereit. 40 Millionen Euro können die Kommunen
84 mit einem einfachen Verfahren als direkte Zuschüsse für Klimaschutzinvestitionen
85 beantragen. denn Klimaschutz wird vor Ort gemacht! Und genau hier leisten wir
86 Hilfe.

87 All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, der Energiegewinnung aus Sonne und Wind
88 mehr Raum zu geben. Die bisher ergriffenen Maßnahmen beschleunigen den Ausbau
89 der Windkraft für die Zukunft. Für 2022 und 2023 – und somit entscheidend für
90 die kommenden Winter – leidet der Zubau noch an den Versäumnissen der
91 Vorgängerregierung. Wir unterstützen die Wirtschaftsministerin darin, den Ausbau
92 der Windenergie in NRW kurzfristig anzukurbeln, um die Energiepreise zu dämpfen
93 und klimaschädliche Kohlekraft zu ersetzen. Derzeit liegen Anträge zur
94 Errichtung von hunderten von Windenergieanlagen in den Genehmigungsbehörden. Wir
95 fordern Bund, Land und Kommunen auf, diese Anlagen angesichts des russischen
96 Energiekriegs gegen Europa in Schnellverfahren innerhalb der nächsten sechs
97 Monate zu genehmigen. Wir begrüßen daher die Einrichtung der "Taskforce
98 Ausbaubeschleunigung Windenergie NRW" durch das Wirtschaftsministerium. Zudem
99 müssen die Genehmigungsbehörden vor Ort massiv unterstützt werden, denn die
100 Energiewende wird auch vor Ort gemacht. Wir bekräftigen unsere Position, den
101 bestehenden pauschalen Mindestabstand von 1000m für Windenergieanlagenanlagen
102 zur Wohnbebauung abzuschaffen.

103
104 Für uns Grüne bleibt klar: Atomkraft ist keine Lösung und am Atomausstieg halten
105 wir fest. Die Atomenergie ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie, auch, weil
106 für die Entsorgung des hochradioaktiven Abfalls keine Lösung in Sicht ist.
107 Deshalb setzen wir uns für einen vollständigen Atomausstieg ein. Die
108 Erneuerbaren Energien sind die Zukunft – für die Bürger*innen, den Klima- und
109 Umweltschutz und den Industriestandort NRW.

110 Als Grüne denken wir Klima- und Naturschutz zusammen. Intakte Ökosysteme sind
111 wichtig für den Klimaschutz, weil sie als natürliche Senken CO2 einspeichern
112 können. Werden sie zerstört, stoßen sie jedoch Treibhausgase aus. Etwa 7% (über
113 50 Mio. Tonnen) der bundesweiten CO2-Emissionen stammen allein aus beschädigten
114 Moorböden. Deshalb werden wir in Nordrhein-Westfalen die Potenziale für den
115 natürlichen Klimaschutz nutzen, indem wir Moore, Auen, Wälder, Grünland und

116 Stadtgrün schützen und wiederherstellen. Neben dem Klima bringen wir damit auch
117 Artenschutz und Klimaanpassung voran.

118 Im Bund haben wir zu Beginn des Jahres mit dem Nachtragshaushalt 2021 60
119 Milliarden Euro zusätzlich dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur
120 Verfügung gestellt, um mittels gezielter und nachhaltig wirkender Investitionen
121 die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie zu dämpfen und unsere Wirtschaft
122 gleichzeitig klar in Richtung Klimaneutralität aufzustellen. Schon jetzt sind
123 damit bis 2026 Ausgaben in Höhe von etwa 200 Milliarden Euro geplant. Doch auch
124 in den nächsten Jahren bleibt die Finanzierung von Klimaschutz eine Priorität.
125 Deshalb setzen wir uns dafür ein, zusätzlich 100 Milliarden Euro für
126 Investitionen in eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise zur Verfügung zu
127 stellen.

128 Um diesem Ziel näher zu kommen, setzten wir BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN NRW uns für
129 folgende Maßnahmen ein:

- 130 • Der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingt am schnellsten durch
131 Verfahrensbeschleunigung, Digitalisierung, eine stärkere Bündelung auf
132 Landes- und Regionalplanebene sowie Personalaufstockung in den
133 Regionalplanungsbehörden. Dabei versöhnen wir vermeintliche Gegensätze
134 zwischen dem Ausbau der Erneuerbaren und dem Umwelt- und
135 Biodiversitätsschutz.
- 136 • Wir wollen das Klimaschutzgesetz als zentrales Instrument der
137 Klimaschutzpolitik in NRW wirksamer machen.
- 138 • Wir setzen uns weiter dafür ein, substanzielle finanzielle Mittel für den
139 kommunalen Klimaschutz und in die Klimafolgenanpassung als Teil der
140 kommunalen Daseinsvorsorge zu investieren.
- 141 • Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Schritt hin zur
142 klimaneutralen Wärmeversorgung. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen
143 für eine verpflichtende kommunale Wärmeplanung schaffen. Zur Unterstützung
144 der Kommunen werden wir ein „Kompetenzzentrum Wärmewende“ auf Landesebene
145 gründen.
- 146 • Wir setzen uns im Rahmen einer Wärmepumpenoffensive dafür ein,
147 Unternehmen, Kommunen und Privatpersonen stärker bei der Nutzung zu
148 unterstützen. Dabei spielt Geothermie eine wichtige Rolle in der
149 Erneuerbaren-Wärmewende.
- 150 • 1000 zusätzliche Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren sind unser
151 Ziel. Eine Task Force „Ausbaubeschleunigung“ wird zeitnah die Planungs-

152 und Genehmigungsverfahren standardisieren, vereinfachen, verkürzen und
153 verpflichtend digitalisieren.

- 154 • Wir setzen uns dafür ein, die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu
155 steigern. Hierzu wollen wir in einem Bürgerenergiegesetz regeln, wie wir
156 Anwohner*innen noch stärker an Gewinnen aus den Windenergieanlagen
157 beteiligen können.

- 158 • Wir werden Bürgerwindparks stärker durch fachliche Ansprechpartner*innen
159 bei der Landesgesellschaft für Klima und Energie unterstützen und
160 Musterrahmenverträge ausarbeiten.

- 161 • Wir setzen uns für eine landeseigene Strategie für den Ausbau von
162 Energiespeichern mit den richtigen Anreizen ein.

- 163 • Viele Unternehmen und Initiativen in NRW arbeiten bereits daran, eine
164 echte Kreislaufwirtschaft in NRW zu etablieren. Wir wollen diese
165 Strukturen stärken und erweitern und wichtige Impulse in der nachhaltigen
166 Wirtschaftsentwicklung, bei der Entstehung neuer Arbeitsplätze und bei der
167 Erreichung der Klimaziele setzen.

- 168 • Für uns ist und bleibt klar: Wir schließen Fracking in NRW aus. So ist es
169 auch im Koalitionsvertrag für NRW vereinbart. Denn Fracking schadet dem
170 Klima, den Menschen, dem Trinkwasser und der Natur.

- 171 • Wir stärken den natürlichen Klimaschutz, indem wir natürliche CO₂-Senken
172 wie Moore, Auen und Wälder schützen und beschädigte Ökosysteme
173 wiederherstellen. Dadurch leisten wir auch einen Beitrag zum Artenschutz
174 und zur Klimaanpassung.

175 **Fossile Energien ersetzen, Erneuerbare Energien ausbauen**

176 Mit dem um acht Jahre vorgezogenen Kohleausstieg 2030 in NRW konnte eine
177 wegweisende Verständigung zwischen Bund, Land und RWE getroffen werden. Der
178 Kohleausstieg 2030 ist ein starkes Signal der Entschlossenheit und gemeinsam mit
179 dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ein wesentlicher Bestandteil in unserem
180 Kampf gegen die Klimakrise. Die Verständigung zwischen Bund, Land und RWE
181 schafft zudem die lang ersehnte Klarheit für die Menschen in den Dörfern und auf
182 den Höfen, die dort weiter wohnen und arbeiten können. Die vom Kohleausstieg
183 betroffenen Beschäftigten, sowie alle Menschen, die einen Verlust ihres
184 Arbeitsplatzes aufgrund der notwendigen Transformation haben, können auf unsere
185 Unterstützung zählen: Niemand soll ins Bergfreie fallen. Wir lassen niemanden
186 alleine und arbeiten daran, dass z.B. Beschäftigte der fossilen Industrien,

187 neuen, attraktiven und qualifizierten Jobs mit ähnlichen Arbeitsbedingungen
188 nachgehen können. Der Kohleausstieg 2030 ist ein Erfolg und ein wichtiger
189 Meilenstein auf dem Weg zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas. Für
190 die kurzfristige Versorgungssicherheit in der aktuellen Energiekrise werden zwei
191 Blöcke des Kraftwerks Neurath erst im Frühjahr 2024 stillgelegt. Die dadurch
192 entstehenden zusätzlichen Emissionen bis 2024 erfordern es, dass wir unsere
193 Anstrengungen für mehr Klimaschutz noch weiter verstärken und die zusätzlichen
194 Emissionen ausgleichen. Als Partei tragen wir diese pragmatische Entscheidung
195 zugunsten einer sicheren Energieversorgung im Heute mit, ohne unsere Visionen
196 von Morgen zu vergessen. Der Fortschritt des nun vorgezogenen und
197 festgeschriebenen Kohleausstiegs 2030 im Rheinland wäre ohne die Klimabewegung
198 nicht möglich gewesen. Aus rechtlichen, geo-statischen sowie
199 energiewirtschaftlichen Gründen ist es nicht möglich, die Siedlung Lützerath zu
200 erhalten. Bitter ist, dass der Ausbau der Erneuerbaren nicht vorangetrieben und
201 der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier nicht bereits in der letzten
202 Legislatur geklärt wurde, um noch rechtzeitig die Voraussetzungen dafür zu
203 schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann. Wir sind uns darüber
204 bewusst, dass diese Notwendigkeit für manche enttäuschend und schwer erträglich
205 ist. Unsere Antwort darauf bleibt ein engagiertes Arbeiten gegen die Klimakrise
206 auf allen politischen Ebenen und in allen Sektoren; besonders in den Bereichen
207 der Energie-, Umwelt-, Verkehrspolitik und unserer Art von Bauen und Konsum. In
208 den Zielen stehen wir weiterhin an der Seite der vielfältigen
209 zivilgesellschaftlichen Klimabewegung.

210 **Industriestandort NRW bewahren: Unternehmen unterstützen, Innovationen fördern**

211 Eine zügige klimaneutrale Transformation ist für uns als Industriestandort eine
212 besondere Herausforderung, aber auch essenziell, um die Wettbewerbsfähigkeit der
213 deutschen Wirtschaft auch in Zukunft zu gewährleisten, Wertschöpfungsketten
214 stabil und Arbeitsplätze der Zukunft im Land zu halten. Wir denken Klimaschutz
215 und Wirtschaftspolitik zusammen, um die notwendigen Veränderungen anzugehen und
216 nachhaltigen und sozialen Wohlstand zu schaffen und wollen besonders in der
217 Krise die Investitionen in Zukunftstechnologien mobilisieren. Der Industrie muss
218 mit zielführenden Förderprogrammen bei der Dekarbonisierung geholfen werden.
219 Dafür stellt der Bund unter Federführung des grünen Wirtschafts- und
220 Klimaschutzministeriums in den nächsten Jahren einen zweistelligen
221 Milliardenbetrag aus dem Klima- und Transformationsfonds des Bundes zur
222 Verfügung, mit dem sowohl Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen
223 unterstützt als auch die vorübergehend erhöhten Betriebskosten mittels
224 Klimaschutzverträgen bezuschusst werden. Die Landesregierung fördert daher –
225 gemeinsam mit dem Bund – die Errichtung der deutschlandweit ersten und größten
226 wasserstoffbetriebenen Direktreduktionsanlage in Duisburg, die Hochöfen ersetzen
227 und damit schon bis 2030 ein Drittel der CO₂-Emissionen einsparen wird. Damit
228 unternehmen wir in NRW einen weiteren großen Schritt in Richtung klimaneutraler
229 Stahlproduktion. Wasserstoff kommt beim Umstieg auf eine klimaneutrale
230 Produktion eine zentrale Rolle zu. Nicht nur, aber insbesondere in der

231 industriellen Kernregion unseres Landes an Rhein und Ruhr entsteht schon jetzt
232 eine neue Wasserstoffwirtschaft, deren Aufbau wir aktiv unterstützen. Neben
233 Förderung für Forschung und Entwicklung und den Ausbau von
234 Elektrolysekapazitäten wird es in den kommenden Jahren auch darum gehen, die
235 regulatorischen Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf – etwa in Bezug
236 auf die Übertragungsnetze – so zu setzen, dass wir die Potenziale regionaler
237 Wasserstoffproduktion konsequent heben. Dafür setzen wir uns auf Landes-,
238 Bundes- und europäischer Ebene ein.

239 NRW ist von Industrie geprägt worden, sowie von starken Gewerkschaften. Sie sind
240 unverzichtbare Partnerinnen in sozialen und wirtschaftlichen Fragen und
241 Verteidigerinnen gegen Rechts. Auch bei der Aufgabe der Transformation sind die
242 Gewerkschaften unverzichtbar und Partnerinnen. Diese Transformation ist keine
243 einmalige Handlung, sondern wird eine kontinuierliche Aufgabe. Dafür braucht es
244 den inhaltlichen Dreiklang zwischen Investition, Innovation und Qualifizierung
245 in einem Schulterschluss zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen.

246 Nach mehr als zwei Jahren Pandemie versetzen die massiv gestiegenen
247 Energiepreise insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie
248 Solo-Selbständige in finanzielle Nöte. Die finanziellen Rücklagen waren bei
249 einigen schon durch die Maßnahmen in der Corona-Pandemie aufgebraucht – die
250 aktuell steigenden Kosten sind dort nur schwer zu tragen. Bei vielen fehlen
251 somit auch die Mittel für die Umrüstung in einen effizienteren Energieverbrauch
252 oder den Umbau in die klimaneutrale Transformation ihrer Betriebe. Gerade diese
253 kleinen und mittelständischen Unternehmen wollen wir in diesen schwierigen
254 Zeiten nicht zusätzlich belasten, sondern sie als Wirtschaftskraft und
255 Arbeitgeber*innen unseres Landes bei der Transformation unterstützen. Für
256 Klimaschutzmaßnahmen des Mittelstandes braucht es auf Landesebene finanzielle
257 Mittel, aber auch die Förderprogramme des Bundes müssen den neuen Realitäten
258 angepasst werden. Darin unterstützen wir unsere grünen Vertreter*innen in
259 Regierung und Parlamenten.

260 Klare Rahmenbedingungen und vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren für
261 transformative Investitionen schaffen Planungssicherheit für Unternehmen und
262 beschleunigen deren Umsetzung. Als konkrete Schritte zur Dämpfung der
263 wirtschaftlichen Folgen und zur Ankurlung der Konjunktur setzen wir nicht auf
264 Maßnahmen der Vergangenheit, sondern auf die Förderung von Innovation und auf
265 gezielte Hilfe.

266 In diesem Sinne setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 267 • Insbesondere mittelständische Unternehmen wollen wir bei Investitionen in
268 klimaneutrale Produktionsprozesse unterstützen.

- 269 • NRW soll Vorreiter der industriellen Transformation werden. Hierzu setzen

270 wir uns dafür ein, einen Industriepakt für Klimaneutralität und
271 Wettbewerbsfähigkeit aufzusetzen.

272 • Grüner Wasserstoff ist unverzichtbar für das Erreichen der
273 Klimaschutzziele. Wir machen uns dafür stark, alle Betriebe gezielt dabei
274 zu unterstützen, auf grünen Wasserstoff umzurüsten und umzubauen.

275 • Bestehende Innovations-Hubs bauen wir zu regionalen Netzwerken aus und
276 setzen dabei unterschiedliche Schwerpunkte, wie beispielsweise nachhaltige
277 Innovationen.

278 • Wir setzen einen eigenen Innovationsfonds auf, mit dem wir an die
279 themenoffene Forschungsstrategie anknüpfen wollen, um Innovationen zur
280 Anwendung zu bringen.

281 • Wir setzen uns dafür ein, dass Klimaschutz bei der Investitionsförderung
282 über das Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen oder das
283 Kinderbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen stärker berücksichtigt und
284 gefördert wird.

285 • Soziale Einrichtungen werden bei Förderprogrammen zum Klimaschutz zu
286 häufig als Antragsberechtigte ausgeschlossen. Wir setzen uns daher für
287 eine gleichberechtigte Antragsberechtigung von sozialen Einrichtungen auf
288 Bundesebene ein.

289 **II. Solidarität als Antwort! Soziale Politik in Zeiten von Umbruch und Wandel**

290 Die gegenwärtigen Krisen betreffen heutige und zukünftige Generationen dieses
291 Landes. Sie verschärfen die soziale Ungleichheit, denn die Folgen dieser Krisen
292 sind ungleich verteilt. Alle Bürger*innen merken die rasanten Preissteigerungen
293 an der Supermarktkasse, der Zapfsäule oder bei den Verbrauchsabrechnungen der
294 Energieversorger. Aber während die Preissprünge für ein paar Wenige ein Ärgernis
295 sind, führen sie bei vielen zu spürbaren finanziellen Belastungen bis hin zu
296 existenziellen Bedrohungen. So droht sich die soziale Ungleichheit und
297 Verunsicherung der Gesellschaft weiter zu verschärfen. Soziale Sicherheit ist
298 ein wesentlicher Teil unserer Demokratie und stärkt die gesellschaftliche
299 Teilhabe. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zu sozialen Protesten als
300 demokratischem Mittel und arbeiten mit Gewerkschaften als unsere Partner*innen
301 zusammen; sie bilden einen Organisations- und Resonanzraum für politische
302 Partizipation, machen auf Missstände aufmerksam und fördern den
303 gesellschaftlichen Diskurs. All das ist in Zeiten von Krisen wichtiger denn je.
304 Wir erleben aber leider auch, dass die Proteste und Unsicherheiten der Menschen
305 von anderer Seite für Hass und Hetze instrumentalisiert werden. Das lassen wir
306 nicht zu und solidarisieren uns mit allen, die unsere Unterstützung brauchen.
307

308 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt immer und ganz besonders in Krisenzeiten: Kein
Fußbreit den Faschisten.

309 **Wohlstand bewahren - Entlastungen gerecht verteilen**

310 Besonders diejenigen, die bereits vor der Inflation kaum über die Runden
311 gekommen sind, sind jetzt besonders hart getroffen. Durch die gestiegenen Kosten
312 für Grundnahrungsmittel und das tägliche Leben, sparen Menschen an allen
313 möglichen Stellen ein. Ein warmes Zuhause oder eine warme Winterjacke für die
314 Kinder dürfen nicht zum Luxus werden. Bereits jetzt weiß ein Großteil der
315 Bevölkerung nicht, wie er die Nebenkostenabrechnung im nächsten Jahr bezahlen
316 soll. Finanzielle Rücklagen, auf die in schwierigen Zeiten zurückgegriffen
317 werden kann, fehlen bei ca. 40 Prozent der Bevölkerung. Viele Menschen sorgen
318 sich um ihren Wohlstand. Für andere in diesem Land klingt das Versprechen des
319 sozialen Aufstiegs und der Wohlstandsbewahrung – mehr denn je – wie Hohn. Auf
320 die Sorgen vor Abstieg und Armut sowie der zunehmenden Hoffnungslosigkeit liegt
321 es in unserer Verantwortung, Antworten zu finden und Entscheidungen zu treffen.
322 Dazu brauchen wir entschlossene politische Entscheidungen und gleichzeitig ein
323 gesellschaftliches Bündnis, in dem Staat, gesellschaftliche Netzwerke, die
324 Wirtschaft und Institutionen sowie Gewerkschaften gemeinsam wirken. Diese Krisen
325 werden wir nur solidarisch bewältigen.

326 Wir lassen die Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht allein. Um sie zu
327 unterstützen, braucht es kurzfristige Entlastungen und konkrete langfristige
328 Maßnahmen, die bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirken. Wir brauchen
329 zielgerichtete Instrumente für die, die am härtesten von den Krisen getroffen
330 werden. Dazu gehört, dass wir Belastungen gerechter verteilen.

331 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 332 • Wir unterstützen Grüne auf Bundesebene darin, die Preise durch eine
333 Gaspreisbremse – zumindest für einen Teil des Verbrauchs – auf ein Niveau
334 zu bringen, das die Bürger*innen ebenso wie die Unternehmen und Kommunen
335 im Land vor Überforderung schützt.
- 336 • Mit dem Abschöpfen von Übergewinnen gehen wir auf Bundesebene einen ersten
337 wichtigen Schritt, um eine Strompreisbremse zu finanzieren, mit der den
338 Grundverbrauch an Strom für die Menschen bezahlbar bleibt. Zusätzlich
339 werden Mittel aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds genutzt.
- 340 • Wir setzen uns dafür ein, dass niemand im Dunkeln sitzen oder frieren
341 muss. Strom- und Gassperren gilt es mit allen Mitteln zu verhindern. Wir
342 überprüfen sehr zeitnah, ob die im letzten Entlastungspaket hierfür
343 vorgesehenen Instrumente, wie z. B. die Abwendungsvereinbarungen, dieses
344

345 Ziel erreichen oder ein zeitlich befristetes Moratorium für Strom- und
346 Gassperren notwendig ist.

346 • Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Rettungsschirm des Landes für die
347 kommunalen Energieversorger in Höhe von 5 Milliarden Euro. Das sichert die
348 Energieversorgung für die Bürger*innen im Land.

349 • Solange es die Preise weiterhin notwendig machen, setzen wir uns im Bund
350 für weitere Sofortentlastungen wie sozial gestaffelte Direktzahlungen ein,
351 die bei den Menschen ankommen und nicht mit anderen Sozialleistungen
352 verrechnet oder gepfändet werden.

353 • Wir unterstützen auf Landesebene die schnelle Umsetzung eines sozial
354 gerechten Klimageldes, das mit den Koalitionspartnern auf Bundesebene
355 vereinbart wurde. Dazu muss das Bundesfinanzministerium zügig die
356 Möglichkeit schaffen, direkte Auszahlungen über die Verknüpfung der
357 individuellen Steuer-ID mit der IBAN vorzunehmen.

358 • Wir setzen uns auf Bundesebene für weitere Entlastungsmaßnahmen, wie eine
359 kurzfristige Erhöhung des BAföG-Regelsatzes und der
360 Mindestausbildungsvergütung, ein.

361 • Die im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vorgesehene steuerliche
362 Gutschrift für Alleinerziehende muss schnell auf den Weg gebracht werden,
363 um Alleinerziehende, die am meisten von Armut betroffen sind, spürbar zu
364 entlasten.

365 • Wir haben uns für ein 9-Euro-Nachfolgeticket stark gemacht und setzen uns
366 dafür ein, eine Ticketalternative unterhalb der in der
367 Verkehrsministerkonferenz beschlossenen 49 Euro für Menschen mit
368 geringeren Einkommen zu entwickeln.

369 • Kulturschaffende und die Kultur brauchen unsere Unterstützung,
370 beispielsweise bei der Hilfe der Bezahlung der gestiegenen Heizkosten.

371 **Soziale Sicherheit in der Krise schaffen – und darüber hinaus**

372 Unsere größte Aufgabe ist es in Zeiten von Umbruch und Wandel für eine
373 klimaneutrale Zukunft zu sorgen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
374 sichern. Das gelingt uns nur, indem wir Solidarität mit denjenigen zeigen, die
375 wenig haben und alle kontinuierlich ihren Beitrag leisten. Denn Solidarität ist
376 keine einmalige Handlung, sondern eine Haltung, aus der konkrete politische
377 Maßnahmen folgen.

378 Die drei Entlastungspakete, die unter grüner Regierungsbeteiligung im Bund
379 verabschiedet wurden, leisten einen wichtigen Beitrag, um die Bürger*innen in
380 ihren individuellen Lebenssituationen und vor allem die, die wenig haben, für
381 den kommenden Herbst, Winter und die Zeit danach zu entlasten. Es ist gut, dass
382 der Bund über die Aufnahme von bis zu 200 Milliarden Euro neuer Kredite für den
383 Wirtschaftsstabilisierungsfonds schon jetzt die finanziellen Grundlagen für die
384 Abfederung der Energiekrise bis Mitte 2024 gelegt hat. Denn eine Krise ist keine
385 Zeit für Geiz und kurze Sprünge. Das dritte beschlossene Entlastungspaket und
386 der Abwehrschirm enthalten zur sozialen Abfederung viele wichtige Maßnahmen:
387 eine Gas- und Strompreisbremse, ein Härtefallfonds für Unternehmen und soziale
388 Einrichtungen, eine Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket, eine Wohngeldreform
389 mit einem erweiterten Kreis der Berechtigten, eine Erhöhung von Kindergeld und
390 Kinderzuschlag und das neue Bürgergeld, das ab Januar 2023 eine existenz- und
391 teilhabesichernde Grundsicherung schafft. Als Grüne setzen wir uns dafür ein,
392 dass zukünftige Entlastungsmaßnahmen noch stärker zielgerichtet diejenigen
393 erreichen, die besonders bedürftig sind. Steuerliche Entlastungen höherer
394 Einkommen sind ein falsches politisches Signal. Gerade in Krisenzeiten gilt für
395 uns umso mehr, dass diejenigen, die viel haben, sich auch stärker an einer
396 gerechten Verteilung der Kosten beteiligen müssen.

397 Als Grüne tragen wir in Bund und Land Regierungsverantwortung. Wir nehmen diese
398 Verantwortung an und werden auch in den kommenden Monaten bestehende Lücken
399 schließen, um die Menschen zu entlasten und unser soziales Sicherungsnetz zu
400 stärken. Unser Kompass: Dabei muss unsere Unterstützung auf diejenigen abzielen,
401 die es am meisten brauchen – Familien, Alleinerziehende, Rentner*innen,
402 Studierende, Auszubildende und Menschen, die von Armut betroffen sind.

403 Dabei sind Länder und Kommunen in besonderer Weise für die soziale Infrastruktur
404 verantwortlich. Gerade in Krisenzeiten müssen die Menschen sich auf eine starke
405 soziale Infrastruktur verlassen können. Kinder und Familien hatten auch in den
406 letzten Jahren der Pandemie große Herausforderungen zu stemmen. Zugleich trat
407 noch sehr viel deutlicher zutage, was viel zu lange nicht im Fokus der Politik
408 war. Frühkindliche Bildung ist ein zentraler Baustein gelingender
409 Bildungsbiografien, aber auch der Unterstützung von Familien bei der
410 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie vielen weiteren Alltagsfragen.

411 Als Landespartei setzten wir uns dabei für folgende Maßnahmen ein:

- 412 • Die Kinderbetreuung steht vor großen Herausforderungen: der noch immer
413 anhaltenden Corona-Pandemie und dem Fachkräftemangel. Hinzu kommen viele
414 Kinder ohne deutsche Sprachkenntnisse in die Kinderbetreuung, aus der
415 Ukraine und anderen Krisen- und Kriegsregionen der Welt. In NRW werden wir
416 aus diesen Gründen den Anschluss für die Finanzierung des Sprach-Kita-
417 Programms ab Sommer landesseitig über den Haushalt für 2023 sicherstellen.

- 418 • Jetzt ist die Zeit, um Kitas und soziale und Erziehungsberufe zu stärken.
419 Dazu braucht es Fachkräfte in den Kitas, die sich voll auf ihre
420 pädagogische Arbeit konzentrieren können und für die Kinder da sind. Darum
421 werden wir das Alltagshelfer*innenprogramm verlängern und wollen es weiter
422 verstetigen.

- 423 • Wir starten eine gezielte Fachkräfteoffensive für die Sozial- und
424 Erziehungsberufe, mit der alle Kinder gleichberechtigte Teilhabechancen
425 erhalten.

- 426 • Krisen dürfen Kinderarmut nicht verstärken. Sie muss gerade jetzt in den
427 Blick genommen werden. Mit einem zügigen Start zum Pakt gegen Kinderarmut
428 sorgen wir genau dafür.

- 429 • Kinder und Jugendliche dürfen nicht wieder zu Leidtragenden der Krise
430 werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der von der Energiekommission
431 vorgeschlagene Hilfsfonds für Sozialdienste auch die soziale Infrastruktur
432 für Kinder und Jugendliche umfasst. Darüber hinaus trägt auch das Land
433 eine Mitverantwortung dafür, dass Kitas, (Berufs-)Schulen und
434 Universitäten offen und warm bleiben. Gerade in Zeiten multipler Krisen
435 brauchen Kinder und Familien verlässliche Strukturen.

- 436 • Überschuldung schafft Existenzangst und lähmt Betroffene. Deshalb ist es
437 wichtig, dass wir die Schuldner- und Insolvenzberatung in unserem Land
438 stärken und die Zugangsberechtigung weiter ausbauen. Ebenso setzen wir
439 uns für die Stärkung der Verbraucherzentralen ein.

440 **Starke soziale Strukturen schaffen**

441 Klar ist: Die Entlastungspakete können nicht alle Belastungen dauerhaft
442 auffangen. Klar ist auch: Armut war bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf
443 die Ukraine ein strukturelles Problem in NRW. Unsere Aufgabe muss viel mehr
444 sein, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen – auch über den Krisenmodus hinaus.
445 Gerade in Krisenzeiten, aber nicht nur, kommt es daher auf ein starkes soziales
446 Sicherungsnetz und eine starke soziale Infrastruktur an. Wer hier spart, spart
447 am Fundament unserer Gesellschaft. Das lassen wir nicht zu. Armut ist
448 vielschichtig und oft auf den ersten Blick unsichtbar. Für uns gehört zur
449 Armutsbekämpfung die Sicherstellung der selbstbestimmten Teilhabe in allen
450 Lebensbereichen.

451 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich daher für folgende Maßnahmen ein:

- 452 • Der vom Bund aufgelegte Hilfsfonds muss auch die soziale Infrastruktur
453 umfassend schützen.

- 454 • Nicht nur in den Sozial- und Erziehungsberufen, auch den Fach- und
455 Arbeitskräftemangel in der Pflege, im Handwerk und in den Schulen gehen
456 wir entschieden an. Dafür setzen wir uns auch für bessere Ausbildungs- und
457 Arbeitsbedingungen ein.
- 458 • Frauen sind in ihrer Erwerbstätigkeit besonderen Schwierigkeiten
459 ausgesetzt; sie unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit, um Familie zu gründen
460 oder Angehörige zu pflegen, haben ein geringeres durchschnittliches
461 Einkommen, sind öfter in Teilzeitarbeit oder im Niedriglohnssektor
462 beschäftigt. Dadurch haben viele Frauen geringere Rentenansprüche und
463 Altersarmut betrifft sie in hohem Maße. Wir stehen für eine bessere
464 Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, die sowohl einen entscheidenden
465 Beitrag zur eigenständigen finanziellen Absicherung und Gleichberechtigung
466 von insbesondere von Frauen, als auch dem Haushaltseinkommen insgesamt
467 leistet.
- 468 • Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen bleibt ein dringendes
469 Handlungsfeld. Wir fordern die ortsnahe und behördenunabhängigen
470 Arbeitslosenberatungen zu stärken und in den Kommunen durch Passiv-Aktiv-
471 Transfer geförderte Arbeitsplätze zu schaffen.
- 472 • Starke soziale Strukturen müssen erreichbar sein, egal wo man wohnt und
473 was man verdient. Zusätzlich zum 49-Euro-Ticket, und einer günstigeren
474 Alternativen pochen wir daher auf den Ausbau des ÖPNV. Ohne eine deutliche
475 Erhöhung der Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern jährlich
476 zur Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs zur Verfügung stellt,
477 droht ein Ausdünnen dieses Angebots. Deshalb bestehen wir auf einer
478 deutlichen und angemessenen Erhöhung der Regionalisierungsmittel des
479 Bundes, um den Ausbau des ÖPNV zu ermöglichen.
- 480 • Wohnen ist ein Grundrecht und Teil der Daseinsvorsorge. Wir müssen mit
481 allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten den öffentlichen und
482 genossenschaftlichen Wohnungsbau stärker fördern, z.B. mit der
483 Mietpreisbremse für mehr dauerhaft bezahlbaren Wohnraum sorgen,
484 Mieter*innenschutz ausbauen und den unkontrollierten Anstieg der
485 Mietpreise stoppen.
- 486 • Wir werden Wohnungslosigkeit entschieden bekämpfen und wollen
487 Obdachlosigkeit bis 2030 überwinden. Dafür entwickeln wir einen
488 landesweiten Aktionsplan, der Zwangsräumungen mit allen Mitteln
489 verhindert, flächendeckend Housing-First-Programme ermöglicht,
490 Vermittlungsinitiativen in neue Mietverhältnisse unterstützt und die
491 Kommunen beim Aufkauf notwendiger Kontingente bei Bestandswohnungen
492 unterstützt.

- 493
- 494
- 495
- 496
- 497
- 498
- 499
- Wir wollen lebenswerte Quartiere in unserem Land schaffen und weiterentwickeln, denn sie sind ein Schlüssel für selbstbestimmtes Wohnen, soziale Teilhabe und den Zusammenhalt vor Ort. Wir forcieren dabei altersgerechte und barrierefreie städtebauliche Maßnahmen, die Angebote der sozialen Infrastruktur, Soziale Arbeit und die Interessen der Bewohner*innen in Quartierbüros und mit hauptamtlichen Quartiersmanager*innen unterstützen.
- 500
- 501
- 502
- 503
- 504
- Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für alle hier lebenden Menschen abgesichert sein, unabhängig von Meldestatus und Staatsbürgerschaft und dabei sowohl den Bedürfnissen ländlicher, als auch urbaner Räume Rechnung tragen. Wir wollen mit Gesundheitszentren und Community Health Nurses eine Gesundheitsversorgung schaffen, die nah bei den Menschen ist.
- 505
- 506
- 507
- 508
- 509
- 510
- 511
- 512
- 513
- In diesem Zusammenhang begrüßen wir es sehr, dass durch den Tarifvertrag-Entlastung die Beschäftigten der Unikliniken des Landes eine deutliche Verbesserung ihrer Verhältnisse erzielt und damit einen Schritt zu einer besseren Gesundheitsvorsorge erreichen konnten. Dies wurde durch einen wirksamen Arbeitskampf, sowie durch die Änderung des Hochschulgesetzes durch Schwarz-Grün möglich. Wir begrüßen darüber hinaus, dass die Landesregierung klar gemacht hat, dass sie die Refinanzierung der möglichen Mehrkosten durch den neuen Tarifvertrag in Höhe von 60 Millionen Euro absichert.

514 **Gemeinsam aus der Krise**

515 Das Land befindet sich inmitten schwieriger Zeiten. Die Bürger*innen erwarten
516 von uns Lösungen auf die gegenwärtigen Krisen. Soziale Sicherheit und soziale
517 Gerechtigkeit sind für den gesellschaftlichen Frieden unverzichtbar. Aus der
518 Energiekrise darf keine soziale Krise werden, die Spaltung und Polarisierung mit
519 sich bringt. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, benötigen wir eine
520 gemeinsame und zielgerichtete Kraftanstrengung auf Bundes-, Landes- und
521 kommunaler Ebene. An vielen Stellen bedarf es einer Neujustierung unseres
522 Sozialstaates, bei dem wir diesen an die Herausforderungen aus dem Hier und
523 Jetzt stetig anpassen. Die Gleichzeitigkeit der Krisen und Putins
524 Erpressungsversuche werden uns weder spalten noch auf die Knie zwingen. Mit
525 Energiesouveränität und sozialer Politik gehen wir gestärkt und gemeinsam aus
526 der Krise.